Frau Jung führt korrigierend zur Vorlage aus, dass Frau Schmidt statt Gymnastikkursen Präventionskurse anbiete und die Kursdauer statt 12 Wochen 14 Wochen betrage. An den Tatsachen ändere dies jedoch nichts.

Herr Meeser befürwortet den Antrag. Bei Betrachten der maßgeblichen Satzung könne man erhebliche Schieflagen feststellen. Vereine, die weniger als die pauschalierten 20 oder 40 Wochen nutzen, hätten Mehrkosten zu tragen, da die komplette Pauschale zu zahlen sei. Weiter fehle es an einer Gebührenermittlung in Abhängigkeit zu der tatsächlichen Belegungsstärke, da ein Verein, der eine Sportstätte z. B. mit nur 6 Menschen pro Übungseinheit nutze, nicht weniger Sportstättennutzungsgebühr pro Übungseinheit zahle, als ein Verein mit einer Mannschaftsstärke von 20 Personen. Der höhere Abnutzungsgrad müsse bei der Höhe der zu entrichtenden Sportstättennutzungsgebühr berücksichtigt werden. Er sehe eine Mehrbelastung kleiner Vereine und dadurch ein Gerechtigkeitsproblem, sodass kleine Vereine ein Wahlrecht zwischen Pauschale und Zahlung nach tatsächlicher Nutzung eingeräumt werden solle.

Herr Meeser beantragt, dem Antrag des Vereins zur Gesundheitsförderung zuzustimmen und weitergehend die Satzung hinsichtlich der genannten Punkte zu ändern.

Herr Sterzenbach führt aus, dass das Streben nach völliger Einzelfallgerechtigkeit, hier im Sinne einer einzelfallbezogenen Entrichtung von Sportstättennutzungsgebühren im Gegensatz zur völligen Pauschalität immer in Anbetracht des Aufwand-Nutzen-Verhältnisses zu betrachten sei. Es gelte, wie dies auch in anderen gebührenabrechnenden Bereichen (z. B. Wasser/Abwasser) der Fall sei, einen ausgewogenen Kompromiss zwischen Aufwand, Einzelfallgerechtigkeit, Pauschalität, Solidaritätsprinzip etc. zu erzielen.

Frau Jung erläutert, dass bei einer Nutzung von 14 Wochen die freien 6 Wochen aus praktischen Gründen nicht durch andere Vereine genutzt würden. Sofern man nach völliger Einzelfallgerechtigkeit strebe, sei der praktizierte Weg der Ermittlung der zu zahlenden Sportstättennutzungsgebühr auf Basis der Pauschalierung und der jeweils absolvierten Nutzungseinheiten natürlich nicht gerecht.

Zunächst wird über den weitergehenden Antrag der BfE abgestimmt (s. o.):

XIV/15/52

2 x Ja (BfE und UWG); 11 x Nein (3 x FDP, 5 x CDU, 3 x SPD)

Der Antrag wird damit abgelehnt.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag der Vorlage abgestimmt:

Von einer Änderung der Satzung über die Benutzung und Benutzungsgebühren für die Sportanlagen der Gemeinde Eitorf im Sinne des Antrags wird abgesehen.

XIV/15/53

14 x Ja; 1 x Nein (BfE)